

**Geschäftsführung
Stadtentwicklungsausschuss**

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax : (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 27.04.2012

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 26. Sitzung des
Stadtentwicklungsausschusses vom 26.04.2012****öffentlich****6.3 Wiedereinstieg in ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm
1295/2012**

RM Zimmermann begrüßt die vorliegende Verwaltungsvorlage, welche auf einen Ratsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beruhe. Die Problematik sei dringlich, damit die im Jahr 2005 gesetzte Zielvorstellung, jährlich 1000 preisgünstige Wohnungen zu realisieren, verwirklicht werden könne. Die Bereitstellung finanzierbaren Wohnraums gehöre seiner Ansicht nach zur Daseinsvorsorge. Ein weiterer positiver Aspekt des Programms sei, dass Möglichkeiten aufgezeigt würden, eine ausgewogene Bewohnermischung in den einzelnen Stadtteilen herbeizuführen.

RM Moritz schließt sich den Worten ihres Vorredners an. Doch während parteiübergreifend Konsens über die Zielsetzung bestehe, seien die Mittel hierzu strittig. Ihrer Ansicht nach sei dafür ein Konzept zur sozialgerechten Bodennutzung unabdingbar. Obwohl die Verwaltung diesen Auftrag habe, liege dieses bislang nicht vor. Schließlich fehle möglicherweise den potentiellen Bauherren wegen des niedrigen Zinssatzes der Anreiz, in den öffentlich geförderten Wohnungsbau zu investieren. Andere Städte in Wachstumsregionen, wie Frankfurt, München und Hamburg hätten bereits Modelle der sozialgerechten Bodennutzung. Und auch bei der Beratung zum Flächenmanagementkonzept und anderen Konzepten sei stets die Empfehlung nach einem solchen Konzept ausgesprochen worden. In Bezug auf die von Herrn Zimmermann angesprochene „Bewohnermischung“ möge man nicht als einziges Kriterium die Anzahl öffentlich geförderter Wohnungen zugrunde legen. Am Beispiel des Stadtteils Meschenich zeige sich, dass diese Rechnung nicht aufgehe, denn es sei bekannt, dass die Siedlung „Am Kölnberg“ nicht öffentlich gefördert sei. Dennoch eigne sich dieser Ort nicht für weitere subventionierte Wohnungen.

Vorsitzender Klipper glaubt nicht, dass mit Hilfe des kommunalen Wohnungsprogramms erreicht werden könne, jährlich 1000 öffentlich geförderte Wohnungen zu

erschaffen. Dies sei schon in den letzten sechs Jahren nicht gelungen. Nunmehr seien sogar die Landesmittel gekürzt worden. Es könne nicht Aufgabe der Kommune sein, diese Lücke zu schließen. Angesichts der desolaten Haushaltslage der Stadt Köln, in welcher man bei der mittelfristigen Finanzlage noch gar nicht wisse, wie das Defizit der kommenden Jahre ausgeglichen werden solle, halte er ein solches Vorhaben für unehrlich. Im Übrigen sei er nach wie vor der Ansicht, die Problematik resultiere nicht aus der mangelnden Finanzierbarkeit sondern vielmehr daraus, dass nicht genügend Baulandflächen zur Verfügung gestellt würden. Von Seiten der CDU-Fraktion beantrage er, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

RM Sterck steht der Vorlage ebenfalls negativ gegenüber. Auch er sei der Auffassung, dass aufgrund der schwierigen Finanzsituation hier eine falsche Priorität gesetzt werde. Die Vorlage müsse eigentlich im Rahmen der Beratung zum Haushalt behandelt werden.

SE Weisenstein spricht sich für die Vorlage aus. In finanzieller Hinsicht möge man auch bedenken, dass preisgünstiger Wohnraum die öffentlichen Ausgaben für Bezieher von Sozialleistungen reduziere. Von der Verwaltung möchte er wissen, von wie vielen Wohneinheiten pro Jahr sie ausgehe bei einer Subventionierung von 1 Mio. € für den Ankauf von nicht-städtischem Gelände.

Herr Bach-Hoverath (Amt für Wohnungswesen) antwortet, mit dem subventionierten Ankauf von Grundstücken erwarte die Verwaltung in diesem Jahr die Verwirklichung von 1000 bis 1500 Wohnungen für den sozialen Wohnungsbau.

Vorsitzender Klipper bittet darum, bis zur nächsten Ratssitzung schriftlich niederzulegen, um welche potentiellen Grundstücke es sich dabei handele. Nach kurzer weiterer Diskussion stellt er seinen zuvor gestellten Antrag, die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.